

chem Dienst und musikalisch-konzertanter Qualität ebenso wie eine von recht verstandener Autonomie und sensibel gehandhabter Verantwortung. Daß an die Stelle starrer Direktiven weithin eine offene Pluralität getreten ist, ist nicht zu beklagen. Einzufordern ist jedoch als Bedingung ihrer Möglichkeit die im haupt- und nebenberuflichen Studium der Kirchenmusik und der Theologie zu schulende Urteilsfähigkeit, die musikalische mit pastoralen Kriterien zu verbinden weiß. Im praktischen Zusammenspiel kommt es dann nicht zuletzt auf die dialogbereite Kompetenz von Seelsorgern, Kirchenmusikern und Gemeinden an.

Im kirchenmusikalischen Spektrum der Zukunft sollte keine Musik ausgeschlossen sein, es sei denn aufgrund offenkundiger Qualitätslosigkeit. In diesem „Konzert“ hat sich jedoch jede Musik musikalisch und pastoral neu zu verantworten, wobei das Kriterium letztlich nur die Botschaft des Glaubens selbst sein kann. Dies gilt für den Gregorianischen Choral, dessen Vorrangstellung seit längerem eher einem Ehrenvorsitz gleicht (wie weit können die Gemeinden sich diesen Gesang musikalisch und sprachlich aneignen?), für das Kirchenlied (spricht es die Sprache unserer Zeit?), die klassische chorische Tradition von der Vokalpolyphonie bis zur Orchestermesse (gelingt die musikalische Stellvertretung oder macht sie die Gemeinde zum Publikum?), für die spärlich genug vertretene Avantgarde (überfordert sie Aus-

führende und Hörer?) und für das Neue Geistliche Lied (ist es mehr als ein Abklatsch von Popmusik?).

Nachdem frühere Engführungen in einen Stilmonismus überwunden sind, stellt sich heute dringlich die Frage nach der Bewältigung des dadurch entstandenen Stilpluralismus. „Ritual und Aufbruch. Kirchenmusik zwischen pädagogischem Handeln und künstlerischem Anspruch“ – dieser Titel eines Sammelbandes des auch im „Gotteslob“ mehrfach vertretenen evangelischen Kirchenmusikers und Komponisten *Rolf Schweizer* (hrsg. von *Peter Bubmann*, München 1996), beleuchtet schlaglichtartig die gegenwärtige Situation in beiden Konfessionen.

Spannungen ergeben sich vor allem zwischen Tradition und Innovation sowie zwischen der pastoral-pädagogischen und der musikalisch-künstlerischen Seite. Das Suchen und Finden gangbarer Wege könnte ein Prüfstein für kirchliches Handeln auf dem überaus wichtigen kirchenmusikalisch-pastoralen Gebiet sein. Die dazu höchst notwendige „Unterscheidung der (musikalischen) Geister“ braucht neben Kompetenz auch Fingerspitzengefühl und Mut zum Wagnis. Doch gute Kirchenmusik, das lehrt ihre an Erfahrungen (und auch an Irrwegen) reiche Geschichte, hatte und hat Anbiederung ebensowenig nötig wie musikalische Berührungssängste.

Meinrad Walter

Ende einer Ära?

Politische und religiöse Spannungen in Indonesien

Die Unruhen dieses Sommers haben deutlich gemacht, daß in Indonesien nicht alles zum besten steht. Die Ära Suharto könnte in eine Phase der Instabilität münden. Auch die Spannungen zwischen muslimischer Mehrheit und christlicher Minderheit haben zugenommen; es gibt Tendenzen zu einer Aufspaltung der Gesellschaft nach religiösen Zugehörigkeiten.

Seit der Wahl von *Megawati Sukarnoputri* zur Vorsitzenden der Indonesischen Demokratischen Partei (PDI) im Jahre 1993 ist die Attraktivität dieser Oppositionspartei ständig gewachsen. Die zunehmende Popularität der Tochter Sukarnos stellt in den Augen der jetzigen Regierung eine immer ernster zu nehmende Gefährdung einer siebten Wiederwahl von Präsident *Suharto* bei den für 1998 anstehenden Präsidentschaftswahlen dar. Die Regierung hatte schon 1993 vergeblich versucht, die Wahl von *Megawati Sukarnoputri* zu verhindern. Im Sommer dieses Jahres kam es dann zu einer internen Auseinandersetzung innerhalb der PDI, als ein Teil der Mitglieder einen außergewöhnlichen Parteikongreß in Medan abhielt, um *Megawati* abzuwählen. In dieser Frage sind auch die in der PDI verhältnismäßig zahlreichen katholischen Mitglieder gespalten. Die PDI entstand 1973 als Ko-

alition verschiedener Parteien, zu denen auch die ehemalige katholische Partei, *Partai Katolik*, gehörte.

Für Beobachter ist deutlich, daß die angeblich partei-internen Querelen von außen, d. h. konkret: von der Regierung, in die PDI hineingetragen wurden, um eine stärker werdende Oppositionspartei zu spalten und zu lähmen. Obwohl *Megawati Sukarnoputri* 16 Vorstandsmitglieder der PDI, die den außergewöhnlichen Parteikongreß gegen die Statuten organisierten, entlassen hatte, wurde am 22. Juni *Suryadi* zum neuen Vorsitzenden der PDI gewählt. Er hatte dieses Amt schon von 1988–1993 innegehabt, als er nach seiner Wiederwahl auf Druck der Regierung an der Weiterführung des Amtes gehindert und durch *Megawati Sukarnoputri* ersetzt worden war, die in einer neu angesetzten Wahl für den Zeitraum 1993–1998 zur neuen Vorsitzenden bestimmt

wurde. Im Vergleich zu Megawati Sukarnoputri ist er in den Augen der Regierung jetzt wohl das kleinere Übel und für die Sicherstellung der Wiederwahl von Suharto im Jahre 1998 die geringere Gefahr.

Herausgefordert fühlte sich die Regierung auch durch die Gründung einer neuen politischen Partei durch den ehemaligen Abgeordneten *Sri Bintang Pamungkas*, der die *Indonesische Demokratische Unionspartei* (PUDI) ins Leben gerufen hatte. Die neue Partei wurde dann auch schnell von der Regierung verboten. Pamungkas ist den Behörden seit einiger Zeit als Störer der etablierten Ordnung bekannt und war wegen seiner offenen Kritik an Präsident Suharto während dessen Deutschlandbesuch im Jahre 1995 zu 34 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte sich vor einiger Zeit von seiner Partei, der *Vereinten Entwicklungspartei* (PPP), trennen und sich mit anderen Kritikern der Regierung verschiedener politischer und religiöser Provenienz zu einer neuen Oppositionspartei zusammenschließen wollen. In Indonesien sind von der Regierung offiziell nur drei politische Parteien erlaubt: *Golkar*, die offizielle Regierungspartei, die *Indonesische Demokratische Partei* (PDI) und die *Vereinigte Entwicklungspartei*, die den Muslimen nahesteht. Die PPP entstand 1973 nach der Auflösung von den bis dahin bestehenden vier islamischen Parteien. Nach der Anerkennung der Pancasila als der einzigen Grundlage für alle politischen Organisationen im Jahre 1983 kann die PPP formell nicht mehr eine islamische Partei genannt werden, obwohl sie eindeutig die islamischen Interessen vertritt.

Am 27. Juli 1996 wurde die Parteispitze der PDI in ihrem Hauptquartier von der Polizei teilweise verhaftet bzw. vertrieben, ein Vorgang, der ohne Absegnung durch Regierung und Militär nicht denkbar gewesen wäre. Die von der Regierung initiierte oder doch zumindest geduldete Gewaltanwendung gegen die Parteizentrale der PDI löste zunächst in Jakarta und später in anderen Städten im Lande heftige Demonstrationen aus. Beteiligt an den gewaltsamen Demonstrationen waren vor allem Studenten und Aktivisten, die sich vor zwei Jahren in der von der Regierung als illegal erklärten *Demokratischen Volkspartei* (Partai Rakyat Demokratik oder PRD) zusammengeschlossen haben, sowie Mitglieder der Gewerkschaften. Der Vorsitzende der PRD, *Budiman Sudjatmiko*, wurde im Gefolge der Ereignisse des 27. Juli festgenommen. Auch wenn die PRD in Jakarta nicht einmal über 300 Mitglieder verfügt, wird ihr von den Militärs vorgehalten, die Keimzelle einer kommunistischen Verschwörung zu sein. Dieser Vorwurf, der gleichbedeutend mit Hochverrat ist, kann für die betroffenen Studenten und Gewerkschaftler weitreichende juristische Folgen haben, da auf Hochverrat immer noch die Todesstrafe steht.

Zu den Rädelsführern der Demonstrationen rechnet die Regierung mehrere Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), die ebenfalls Repressalien seitens der Polizei erfuhr. Mehr als 30 NGOs haben ihre Unterstützung für Megawati Sukarnoputri zum Ausdruck gebracht und sich zum *Indonesischen Volkskongreß* zusammengeschlossen. Die Unterstützung

von Megawati Sukarnoputri durch Studenten, Menschenrechtsaktivisten, islamische Gruppen und Gewerkschaften beunruhigt die Militärs über die Maßen. Bei der Spaltung der PDI haben die Militärs in Ausübung der von ihnen beanspruchten *doppelten Funktion* (*dwifungsi*), nach der sie sich nicht nur für militärische, sondern auch für politische Angelegenheiten zuständig fühlen, eine entscheidende Rolle gespielt. Im indonesischen Parlament sind für das Militär immer noch 75 Abgeordnetensitze reserviert. Megawati Sukarnoputri war während der Ereignisse am 27. Juli nicht im PDI-Hauptquartier anwesend. Wegen ihres internationalen Bekanntheitsgrades und der damit gegebenen internationalen Unterstützung hat die Regierung bisher von einer Verhaftung abgesehen.

Ein Klima der Unsicherheit

Härter angegangen wurden die Studenten, die in Jakarta, in Yogyakarta, Malang und in Bandung für die Rechte der PDI und gegen die Polizeiwillkür demonstriert haben. Gegen sie und Gewerkschaftsmitglieder wurde wieder das Gespenst der kommunistischen Gefahr und Verschwörung beschworen. Wenn diese Vorwürfe schon vor 30 Jahren, als ca. 600 000 Menschen wegen angeblicher Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ihr Leben verloren, weitgehend nicht gerechtfertigt waren, so gilt dies heute noch viel mehr. In Kreisen der Wirtschaft und der indonesischen Gesellschaft wird das unbeholfene und gewaltsame Vorgehen der Polizei und des Militärs für die politische Krise, die sich daraus entwickelte, verantwortlich gemacht. Der Versuch, im Vorfeld der Wahlen die politische Opposition der PDI und ihre Vorsitzende zu schwächen und einzuschüchtern, hat im Gegenteil zum Zusammengehen der ansonsten eher in sich gespaltenen Oppositionskräfte geführt. Ein landesweit beachtetes Element einer entstehenden Demokratiebewegung stellen die *Unabhängigen Wahlbeobachtungskomitees* (KIIP) dar, die zunächst in Jakarta und danach in allen wichtigen Provinzhauptstädten aus Kreisen verschiedener NGOs seit März 1996 gebildet wurden. Die Wahlbeobachter werden schon im Vorfeld der eigentlichen Wahlen bei der Erstellung der Wahllisten tätig, um die in der Vergangenheit üblichen Einmischungen durch Behörden und den Sicherheitsapparat zugunsten der Staatspartei Golkar bei den nächsten Wahlen zu verhindern.

Typisch für das politische System in Indonesien ist, daß Megawati Sukarnoputri die Rolle einer Oppositionsführerin gar nicht spielen will, sondern nach ihren eigenen Worten nur darauf bedacht ist, die Einhaltung der Verfassung sicherzustellen. Opposition im westlichen Demokratieverständnis paßt dabei nicht in das javanische Verständnis von gemeinsamer Beratung und Harmonie, das in der Pancasila verankert ist. Die eher bedächtig und oft ungeschickt operierende Megawati Sukarnoputri ist so fast gegen ihren Willen zu einer nationalen Figur geworden, die in den Augen immer

mehr Indonesier eine echte Alternative zum alternden Präsidenten Suharto geworden ist, der im Juni 1996 seinen 75. Geburtstag gefeiert hat. Seit dem unvorhergesehenen Tod seiner Frau im April 1996 erscheint der Präsident zunehmend verunsichert und in seiner Gesundheit angeschlagen. Das gewaltsame Vorgehen der Polizei und des Militärs gegen die Opposition hat das Klima der Unsicherheit und Verunsicherung verstärkt, weil deutlich wurde, daß bis ins Herz der Regierung hinein der Ausgang der Parlamentswahlen im März nächsten Jahres und die nachfolgende Präsidentenwahl 1998 nicht mehr als gesichert angesehen wird. Es mehren sich die Stimmen, die von der Unfähigkeit Suhartos sprechen, seine Nachfolge so zu ordnen, daß es nicht zu gewaltsamen Aktionen und zu einem offenen Kampf kommt. Die Regierung hat in der jüngeren Zeit verstärkt versucht, die kritische Presse des Landes auszuschalten. Im Juni 1994 wurden drei führende Wochenzeitschriften durch Entzug der Presselizenz verboten, ohne damit aber kritische Berichte über Menschenrechtsverletzungen, Korruptionsskandale und Vetternwirtschaft unterbinden zu können. Erste Auswirkungen der gegenwärtigen Krise und der sie begleitenden allgemeinen Verunsicherung auf dem Kapitalmarkt sind schon zu spüren, weil das sprichwörtlich „scheue Geld“ internationaler Investoren spärlicher nach Indonesien zu fließen beginnt.

Glanz und Elend des indonesischen Wirtschaftswunders

Für viele interne und externe Beobachter stellt das Prestigeprojekt der Regierung, ein eigenes indonesisches Auto zu bauen, ein Musterbeispiel für die immer stärker werdende Verzahnung von nationalen wirtschaftlichen Interessen mit dem privaten Gewinnstreben von Mitgliedern des Suharto-Clans dar. Nach den jetzt vorliegenden Plänen soll das nationale Auto Indonesiens von der eigens für diesen Zweck gegründeten Gesellschaft Kia-Timor Autos gebaut werden – ein Joint-venture, das zu 70 Prozent von *Hutomo Mandala Putra*, einem Sohn von Präsident Suharto, und zu 30 Prozent von der südkoreanischen Kia-Motorenfirma getragen wird. Das Unternehmen soll als nationale Autofabrik einen Pioniercharakter haben und deswegen für drei Jahre von Luxus- und Importsteuern befreit werden. Proteste gegen das Projekt kommen zunächst von ausländischen Autofirmen, vor allem aus Japan, die bisher 90 Prozent des indonesischen Automarktes unter sich teilen konnten. Die koreanische Kia-Motorenfabrik dagegen war bisher überhaupt nicht auf dem indonesischen Markt vertreten. In Zukunft wird sie aber jetzt die übrige ausländische Konkurrenz durch ihre bevorzugte Stellung um 30–40 Prozent unterbieten können. Für das erste Jahr der Fertigung soll das neue indonesische Auto sogar ausschließlich in Südkorea gefertigt werden, bis die Produktion in Indonesien endlich möglich sein wird. Der Nepotismus und die Bevorzugung der direkten Ver-

wandten von Präsident Suharto zeigen sich an vielen Stellen. Ein Sohn und eine Tochter Suhartos haben z. B. führende Positionen in der Führung der Regierungspartei Golkar inne. Eine andere Tochter wird voraussichtlich den Generalstabschef des Heeres heiraten. Der zweite Sohn Suhartos, *Bambang Tihatmodjo*, kontrolliert die Bimantra-Gruppe, die auf den Gebieten der Telekommunikation, der Petrochemie und Banken tätig ist. Eineinhalb Jahre bevor die Aktien für die internationalen Telefondienste auf den Markt kamen, hatte Bambang umsonst eine Lizenz erhalten, die ihm zusammen mit der staatlichen PT Indosat die Hälfte der Anteile sicherte. 1996 hat dann die deutsche Telekom für 25 Prozent dieser Aktien 600 Millionen US \$ bezahlt, wodurch der geschätzte Reichtum des finanziell mächtigsten Suharto-Sohnes auf drei Billionen US \$ gewachsen sein soll. Angesichts der Endzeitstimmung von Suhartos Herrschaft wird darüber spekuliert, inwieweit die sieben Suharto-Kinder ihre vielfältigen Finanz- und Wirtschaftsimperien nach dem Ende der Ära ihres Vaters werden behaupten können. Die Großfamilie Suharto verfügt jedenfalls über Anteile an einer Vielzahl von Unternehmen und ist an vielen Finanztransaktionen beteiligt, wodurch sie zur reichsten Familie Indonesiens geworden sein soll, ohne daß jemand in der Lage wäre, die finanzielle Größenordnung des Reichtums der Dynastie Suharto genau anzugeben.

Die Entwicklung Indonesiens von einem der ärmsten Länder der Welt im Jahre 1965 zu einem „lower-middle-income country“ im Jahre 1995 wird allgemein als ein Erfolg der fast dreißigjährigen Regierungszeit Suhartos angesehen. Mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von mehr als sechs Prozent (für das Jahr 1995 lag die Rate bei 7,5 Prozent) befindet sich der größte Teil der Bevölkerung oberhalb der Armutsschwelle. Das Standbein der wirtschaftlichen Expansion ist immer noch die Erdölindustrie, obschon in den letzten Jahren andere Exportgüter die indonesische Wirtschaft vielfältiger und leistungsfähiger gemacht haben. Der neu erworbene Reichtum der indonesischen Volkswirtschaft ist allerdings sehr uneben verteilt. Neben einer kleinen reichen Oberschicht und einer Mittelschicht von etwa 20 Millionen gibt es eine große Gruppe von wirtschaftlich Benachteiligten, unter denen die Arbeitslosen die schwächsten sind. Besonders die Jugendlichen haben Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden: Von 2,1 Millionen Personen, die jährlich auf den Arbeitsmarkt drängen, finden gerade 300 000 einen Arbeitsplatz.

Trotz einer relativ erfolgreichen Bevölkerungspolitik ist das Bevölkerungswachstum von gegenwärtig 1,66 Prozent eines der größten Probleme des Landes geblieben. Mit 195 Millionen Einwohnern ist Indonesien die viertgrößte Nation der Welt. Bis zum Jahr 2000 wird mit einer Bevölkerung von 210 Millionen gerechnet. Diese Zahl liegt erheblich niedriger als die 280 Millionen, die vor einigen Jahren vorhergesagt wurden. Unter dieser Rücksicht kann man durchaus von einer „erfolgreichen“ Bevölkerungspolitik in den letzten Jahren sprechen. Zu diesem relativen Erfolg trug wesentlich bei,

daß es gelungen ist, die Analphabetenrate im Lande bis fast auf Null zu senken. Der ursprüngliche Widerstand der islamischen Geistlichkeit gegen die Zwei-Kinder-Politik der Regierung ist zurückgegangen und beschränkt sich im wesentlichen auf die Ablehnung von Abtreibung als Mittel der Geburtenkontrolle. Der Gebrauch der Pille und auch chirurgische Eingriffe wie Vasektomie und Tubenligatur werden inzwischen akzeptiert, da sie in der Regel rückgängig gemacht werden können. Die katholische Kirche steht der staatlichen Familienpolitik wesentlich kritischer gegenüber.

Die fortdauernden Auseinandersetzungen um Osttimor belasten die Beziehungen zwischen Indonesien und Portugal, spielen aber auch sonst in den internationalen Beziehungen Indonesiens eine für die indonesische Seite ärgerliche Rolle. Demonstrationen von Studenten aus Osttimor vor ausländischen Botschaften im Inland oder bei internationalen Begegnungen sorgen immer wieder für Schlagzeilen. Die Indonesische Bischofskonferenz hat sich in der Vergangenheit immer aus dem Konflikt herauszuhalten versucht und nach außen weitgehend die offizielle Position der Regierung vertreten, wonach Osttimor inzwischen rechtmäßig zu Indonesien gehöre. Es erregte daher Aufsehen, daß sich die Bischofskonferenz, als es im September 1995 zu Unruhen gegen die verstärkte Einwanderung von Muslimen nach Osttimor gekommen war, in einem öffentlichen Kommuniqué kritisch zur Einwanderungspolitik der Regierung äußerte. Die Bischöfe stellen warnend fest, daß eine verstärkte Einwanderung islamischer Gruppen letztlich dazu führen werde, daß die Osttimoresen sich in ihrem eigenen Territorium immer stärker an den Rand gedrängt und kulturell marginalisiert fühlen.

Bei einem Treffen der Oppositionsgruppen aus Osttimor in Schladming (Österreich) im März 1996, an dem Bischof *Filipe Ximenes Belo*, der Apostolische Administrator von Dili, angeblich auf Intervention des Vatikans, nicht teilnahm, lag das Schwergewicht der Forderungen nicht länger auf der Selbständigkeit Osttimors, sondern auf der Sicherstellung der Menschenrechte der dort lebenden Bevölkerung. Im Vorfeld dieses Treffens hatte Kardinal *Roger Etchegaray* bei einem Besuch in Indonesien im Februar 1996 versucht, die Spannungen abzubauen, indem er den Appell des Papstes aufgriff, in dem die beteiligten Parteien ermutigt werden, den Dialog wieder aufzunehmen. Etchegaray trat dabei Gerüchten entgegen, wonach die Diözese Dili aufgespalten werden soll, indem ein neuer Bischof für Dili ernannt werde und der in den Augen der indonesischen Regierung mißliebige Bischof Belo eine neue Diözese Bacau erhalten solle. *Irian Jaya*, der westliche Teil von Neuguinea, ist wegen der rigorosen wirtschaftlichen Ausbeutung und der kulturellen Unterdrückung der einheimischen Stammesbevölkerung ein weiteres Krisengebiet Indonesiens. Die Politik der Regierung, die Bodenschätze Irian Jayas durch ausländische Firmen ohne Rücksicht auf die ökologischen Schäden ausbeuten zu lassen, hat, verbunden mit der Mißachtung der kulturellen Eigenart der Stammesbewohner, zur Entstehung

lokaler Widerstandsgruppen geführt. Die indonesischen Militärs reagieren mit immer schärferer Grausamkeit und Repression. Im September 1995 hatte ein Protest wegen besonderer Grausamkeiten indonesischer Soldaten durch Bischof *Herman Munninghoff* von Jayapura vor der Nationalen Kommission für die Wahrung der Menschenrechte Erfolg, da die Kommission seinen Anschuldigungen in einem eigenen Bericht weitgehend recht gab. Der Bischof hatte dem Militär vorgeworfen, elf Personen, unter ihnen zwei Kinder und ein protestantischer Pfarrer, die gegen die umweltzerstörerischen Praktiken einer Minengesellschaft protestierten, im Mai 1995 in der Gegend von Timika mit gezielten Gewehrschüssen getötet zu haben.

Schon früher hatten sich bei Protesten gegen die amerikanische Kupfergesellschaft „Freeport America“, die die Minen in der Gegend betreibt, ähnliche Zwischenfälle mit tödlichem Ausgang ereignet. Die Kupfervorkommen liegen im Stammesgebiet der Amungme, die sich ihrer Rechte auf Fischfang und Jagd beraubt sehen. Unterstützung erfahren die Amungme von der melanesischen Widerstandsbewegung, *Bewegung für ein Freies Papua* (Organisi Papua Merdeka), die für eine Loslösung Irian Jayas aus dem indonesischen Staatenverbund kämpft.

Die Papuas fürchten, durch die Umsiedlungspolitik der Regierung, die seit den 60er Jahren mehr als 400 000 indonesische Einwanderer nach Irian Jaya, oft unter Zwang, umgesiedelt hatte, im eigenen Land zu einer Minderheit zu werden. Christliche Sprecher haben sich gegen die einseitige Bevorzugung islamischer Einrichtungen in Irian Jaya durch das Ministerium für religiöse Angelegenheiten beschwert, das christliche Einrichtungen finanziell nur minimal unterstützt, während die Muslime reich bedacht werden. Bei der Volkszählung im Jahre 1990 waren von den 1,6 Millionen Einwohnern Irian Jayas 63 Prozent Protestanten, 20 Prozent Katholiken, 15 Prozent Muslime und 1,1 Prozent Animisten. Die Christen beschwerten sich, daß die Regierung offensichtlich eine Islamisierung fördere und trotz der klaren Mehrheitsverhältnisse die christlichen Gruppen offensichtlich benachteilige. Die Unabhängigkeitsbewegung in Irian Jaya wird von den christlichen Kirchen allerdings nicht unterstützt.

Konflikte zwischen Muslimen und Christen

Seit einiger Zeit kommt es in verschiedenen Regionen Indonesiens immer wieder zu *Konflikten zwischen Muslimen und Christen*. Anlaß für solche Auseinandersetzungen waren z. B. Fälle von Hostienschändung durch Muslime auf der Insel Flores. In Reaktion auf einen Fall von Hostienschändung haben 1995 katholische Jugendliche Häuser und Geschäfte von Muslimen in Brand gesteckt. Der indonesische Minister für Religiöse Angelegenheiten, *Tarmizi Taher*, beklagte daraufhin in einem Interview im Juli 1995 vor katholischen Journalisten die Intoleranz der Katholiken gegenüber den

Muslimen in Flores. Denn nach seinen Angaben gingen 80 Prozent der Hostienschändungen auf protestantische Täter zurück; es handle sich also um innerchristliche Auseinandersetzungen und nicht um islamisch-christliche Streitigkeiten, wie dies die Katholiken ohne hinreichende Beweise in ihrer feindseligen Haltung gegenüber dem Islam schlechthin annähmen. Hintergrund dieser Auseinandersetzungen ist die Siedlungspolitik der indonesischen Regierung, die zahlreiche muslimische Einwanderer in das vornehmlich christliche Flores bringt und dadurch die religiösen Spannungen verschärft hat.

Seit mehr als einem Jahr wiederholen sich auch in Westjava und im Süden von Sumatra Gewaltakte von Muslimen gegen christliche Einrichtungen, vor allem gegen Kirchen und Kapellen. Im Juni 1996 kam es in Ostjava im Gebiet um Surabaya zu Angriffen gegen christliche Kirchen, in deren Verlauf zehn Kirchen von einer Gruppe randalierender Muslime zerstört wurden. Die Muslime gaben an, einen angeblichen Mord an einem Muslim durch Christen rächen zu wollen. In anderen Fällen wurden christliche Gottesdienste durch Steinwürfe gestört. Die staatlichen Autoritäten greifen bei solchen Zwischenfällen meistens nicht ein und begnügen sich damit, den Christen zu raten, nicht ohne Zustimmung ihrer muslimischen Nachbarn Kirchen zu bauen bzw. kirchliche Zeremonien abzuhalten.

Daß das Verhältnis zwischen Muslimen und Christen nicht überall vergiftet ist, zeigt sich z. B. an einer Meldung, die zeitgleich mit den Übergriffen auf christliche Kirchen veröffentlicht wurde. Staatliche Stellen sowie muslimische und christliche Religionsführer ehren den 82jährigen Steyler Pater *Theodorus Visser* dafür, daß er in seiner Tätigkeit als Architekt in Flores neben vielen Kapellen auch viele Moscheen gebaut habe. Bei seiner Einführung als neuer Erzbischof von Ende im Juli 1996 hat sich *Longinus da Cunha*, der erste einheimische Diözesanpriester, der diese Funktion wahrnimmt, für die Zusammenarbeit mit den anderen Religionen ausgesprochen. Zugleich bot er auch der Regierung gute Zusammenarbeit an, da sowohl die Kirche als auch der Staat für das Gemeinwohl aller tätig seien. Der Indonesische Kirchenrat, ein Zusammenschluß von 61 protestantischen Kirchen mit insgesamt 8,5 Millionen Mitgliedern, hat sich bei Präsident Suharto für die Abschaffung des Gesetzes eingesetzt, das den Bau von religiösen Einrichtungen wie Moscheen und Kirchen von der Zustimmung aller Religionsgemeinschaften abhängig macht. Immer häufiger führe dieses Gesetz in Gebieten, wo die Muslime in der Mehrheit seien, dazu, Kirchenneubauten, ja selbst Reparaturen an Kirchen zu verhindern.

Andererseits sind Versuche der Regierung fehlgeschlagen, sich durch gerichtliche Verfolgung von Blasphemie gegen den Propheten Muhammad bei der muslimischen Bevölkerung und den islamistischen Gruppen beliebt zu machen. Bei einem in der Öffentlichkeit groß herausgestellten Prozeß gegen *Permadi Satrio Wihoho*, einem javanischen Mystiker, der in einem öffentlichen Vortrag von Muhammad als „Dik-

tator“ gesprochen hatte, reagierten selbst muslimische Kreise eher kritisch, weil es zu offensichtlich war, daß die Regierung mit diesem Prozeß in erster Linie einen Kritiker mundtot machen wollte. Führer muslimischer Organisationen, wie *Abdurrahman Wahid* von der Nahdlatul Ulama, der größten islamischen Massenorganisation, distanzieren sich von diesem Versuch der Regierung, islamische Unterstützung im Kampf gegen ihre politischen Gegner zu finden. Andererseits hat Präsident Suharto seit einiger Zeit verstärkte Anstrengungen unternommen, sich der Unterstützung islamischer Kreise zu versichern. So hat er das Patronat für den 1990 gegründeten Verband Islamischer Intellektueller (ICMI) übernommen und führende Mitglieder dieser Organisation in sein Kabinett geholt. Mit dieser Zuwendung zu islamischen Kreisen hat Suharto aber zugleich beim Militär Widerstand erregt, das sich traditionell gegen alle Versuche wendet, in Indonesien einen islamischen Staat zu errichten.

Religiöse Spannungen im Gefolge der Unruhen

Im Gefolge der Unruhen dieses Sommers haben sich mehr oder weniger latent bestehende interreligiöse Spannungen innerhalb der indonesischen Gesellschaft wieder bemerkbar gemacht. Muslimische Zeitungen beschuldigen die Katholiken, „hinter den Kommunisten zu stehen“ und damit die subversiven Kräfte im Lande zu unterstützen. Aufhänger für diese Behauptungen ist der Fall des Jesuiten *Ignatius Sandyawan Sumardi*, der als Leiter eines kirchlichen Sozialinstituts in Jakarta Studenten, die bei den Demonstrationen um das Parteigebäude der PDI beteiligt waren, vorübergehend Asyl gewährte. Unter den Studenten befand sich auch der Führer der verbotenen PRD, *Budiman Sudjatmiko*, der von der Polizei gesucht und schließlich verhaftet wurde. Sandyawan hat sich aus seinem sozialen Engagement – das Sozialinstitut selber vertritt die Anliegen einer christlichen Soziallehre und setzt sich z. B. für die Rechte von Arbeitern in der Textil- und Lederindustrie Indonesiens ein – um die Studenten gekümmert, ohne sich deswegen aktiv in die politischen Auseinandersetzungen haben einschalten zu wollen. Da sich unter den verhafteten Studenten auch einige Katholiken befinden, die sich bei der PRD engagierten, wird von der muslimischen Seite hier eine direkte Verbindung hergestellt und den Christen im allgemeinen vorgeworfen, sich gegen die Regierung gestellt zu haben.

Bei der gegenwärtig herrschenden Aufgeregtheit wird man manche Presseäußerung nicht überbewerten wollen. Aber es ist doch seit einiger Zeit zu beobachten, daß der Einfluß der christlichen Intellektuellen und Fachleute innerhalb der Regierung und des Militärs beschnitten wird. Im Kabinett sind die Christen, die früher sechs Ressorts besetzten, gegenwärtig nur noch mit drei von 41 Ministern vertreten. In der Gunst des Präsidenten haben die Angehörigen der *Indonesischen Vereinigung Muslimischer Intellektueller* (ICMI), die von *B. J. Habibie*, Minister für Forschung und Technologie,

geführt werden, gegenwärtig den größten Einfluß. Die Aufwertung der ca. 10000 Islamschulen, in der für Indonesien typischen Form der *Pesantren*, die vom Präsidenten den staatlichen Einrichtungen gleichgestellt wurden, zeigt ebenfalls den wachsenden muslimischen Einfluß. Allgemein läßt sich feststellen, daß sich in Indonesien eine Aufspaltung der Gesellschaft nach religiöser Zugehörigkeit herausgebildet hat, die es vorher so nicht gab. Die religiösen Gruppeninteressen gewinnen gegenüber den allgemeinen nationalen Interessen an Gewicht.

In einem offenen Brief, der am 3. und 4. August in allen Pfarreien Jakartas verlesen wurde, hat Kardinal *Julius Darmatmadja*, der Erzbischof von Jakarta, eine friedvolle Lösung der gegenwärtigen Probleme gefordert und alle Beteiligten zu Demut, Ehrlichkeit und klarem Verstand aufgefordert. Die Anwendung von Gewalt sei gegen die Lehren aller Religionsgemeinschaften. Zugleich unterstützte er lobend die Bemühungen der Nationalen Kommission für die Menschenrechte und anderer Menschenrechtsorganisationen, die sich um die Beruhigung der Lage und eine Aufklärung der Vorfälle bemühen. Bei einem Seminar von muslimischen und christlichen Studenten in Palembang während der Unruhen im Juli dieses Jahres machten die Redner das Fehlen einer politischen Ethik für die gegenwärtigen Zustände im Land verantwortlich. Die muslimischen Sprecher *Arbi Saniti* und *Yusril Ihza Mahendra*, beides Politikwissenschaftler, bemängelten, daß die Regierung immer schnell dabei sei, Kritiker als Verräter oder Kommunisten zu beschimpfen, daß es aber in ihrem Vokabular kein mißbilligendes Wort für die vielen korrupten Politiker gäbe, die für die gegenwärtige politische und moralische Krise in erster Linie verantwortlich seien. *Franz Magnis-Suseno SJ*, Direktor der Philosophischen Hochschule Driyarkara in Jakarta, betonte ebenfalls, daß politische Ethik die Basis politischen Handelns darstelle, und diese für indonesische Politiker in der Pancasila eigentlich vorgegeben sei.

Auch der Indonesische Kirchenrat beklagte die Gewalt und die Opfer, die die politischen Auseinandersetzungen gekostet hatten. Ähnliche Erklärungen kamen auch von buddhistischen und muslimischen Religionsführern. Während aber die Protestanten und Buddhisten sich klar gegen jede Gewalt – sowohl auf Seiten der Demonstranten als auch der Regierung – aussprachen, machten der Rat der muslimischen Rechtsgelehrten (*Majelis Ulama Indonesia*) und 26 andere muslimische Organisationen deutlich, daß sie die Politik und die Maßnahmen der Regierung unterstützten.

Aus Anlaß des 50jährigen Jahrestages der Unabhängigkeit Indonesiens hat im Herbst 1995 in Jakarta eine nationale Konferenz von Bischöfen, Priestern und Laien stattgefunden, die die Rolle der katholischen Kirche in Indonesien in einem Schlußdokument als Dienst an der Nation zum Aufbau des Staates beschrieben. Die Katholiken arbeiteten nicht für ihren eigenen Vorteil, sondern für den Fortschritt der ganzen Nation. Ausdrücklich wurde auf die Pancasila als der den Staat tragenden Philosophie verwiesen, die die Reli-

gionsfreiheit und die Gleichheit aller gläubigen Menschen sicherstelle. Die Katholiken erklären sich bereit, die fünf Prinzipien der Pancasila – Glaube an Gott, gerechter Humanismus, Einheit in Vielfalt, Demokratie auf der Basis der Übereinstimmung aller und soziale Gerechtigkeit für alle – besonders in bezug auf die Familie, die Erziehung und die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Ausdrücklich wurden die Katholiken aufgefordert, sich am politischen Leben des Landes aktiv zu beteiligen.

Bemühungen um Inkulturation und interreligiösen Dialog

Bei einem ad-limina-Besuch indonesischer Bischöfe im Juni 1996 rief *Johannes Paul II.* die indonesische Kirche auf, die Anstrengungen zur theologischen Inkulturation vor allem auf dem Gebiet der Liturgie zu verstärken und sich angesichts der Minderheitensituation der indonesischen Kirche – von den 197 Millionen Einwohnern des Landes sind 87 Prozent Muslime, der Anteil der Christen beläuft sich auf 9,7 Prozent und derjenige der Katholiken auf 3,6 Prozent – intensiv um den Dialog mit den anderen Religionen in Indonesien zu bemühen. Bei den mehr als 300 verschiedenen ethnischen Gruppen auf den 13 677 Inseln erfordert die kulturelle und sprachliche Vielfalt besondere Anstrengungen, die Liturgie den vielfältigen Kontexten anzupassen. Bemühungen, das javanische Puppenspiel *Wayang* und die sie begleitende *Gamelan*-Musik mit christlichem Inhalt zu füllen, haben bisher eher gemischte Reaktionen hervorgerufen. Versuche, z. B. von *Johannes Suhartoyo*, die Passionsgeschichte in der Form eines christlichen *Wayang* darzustellen, wobei man die traditionellen Figuren beibehält und ihnen eine neue Identität gab (z. B. wurde die Figur von Arjuna, der im *Ramayana* und *Mahabharata* der Anführer der guten Kräfte ist, als Jesus Christus porträtiert), fanden sowohl Zustimmung als auch scharfe Kritik. Offensichtlich bedürfen die Anstrengungen, ein christliches *Wayang* zu entwickeln, noch der Verfeinerung, um als gelungene Inkulturation der christlichen Botschaft auf größere Zustimmung zu stoßen.

Ein anderes Beispiel für Inkulturation in der Liturgie ist die Arbeit des indonesischen Priesters *Mateus Juli*, der als Pfarrer in Nana Tayap in West-Kalimantan die traditionelle Religion der Stammesbevölkerung aufgegriffen hat. Diese Bemühungen waren eine Reaktion auf eine Form von „religiösem Dualismus“, den er unter seinen Pfarrangehörigen festgestellt hatte, die zum Teil an ihrem von den Ahnen ererbten Glauben festhielten, während sie sich offiziell als Katholiken verstanden. So benutzen sie auch in christlichen Gebeten und in der Liturgie weiter den von den Ahnen überkommenen Gottesnamen „*Dewata Oanompak*“, mit dem die allmächtige Gottheit ihrer Stammesreligion bezeichnet wird. Der tiefen Verehrung des allmächtigen Gottes, des Respekts und der Dankbarkeit, die in diesen Formen der ererbten Religiosität und Spiritualität zum Ausdruck

kommen, hat sich Pfarrer Juli bedient, um neue liturgische Formen zu entwickeln, die der Mentalität der Menschen mehr entsprechen.

Eine besondere Form des interreligiösen Dialogs stellt der *Dialog von Christen mit Hindus auf Bali* dar. Auf der mehrheitlich von Hindus bewohnten und kulturell und religiös vom Hinduismus geprägten Insel Bali sind Christen eine kleine, relativ spät ins Land gekommene Minderheit. Bemühungen um Dialog und Kontakte mit den Hindus seitens der Katholiken wurden von den Hindus zunächst mit Mißtrauen aufgenommen. Auf Widerspruch stießen auch Versuche der Katholiken, Elemente aus dem Hinduismus für die Inkulturation der christlichen Botschaft in die religiöse Terminologie und in die Liturgie aufzunehmen. Die Hindus auf Bali beanspruchen ihre Kultur ausschließlich für sich und sprachen den Christen lange Zeit Heimatrecht auf Bali ab. Inzwischen gibt es eine Reihe von Kontakten zwischen katholischen Priestern und hinduistischen spirituellen Führern. Die einfachen Gläubigen auf beiden Seiten sind aber eher abwartend und auf bleibende klare Abgrenzungen bedacht.

In Maumere auf Flores unterhalten die Steyler Patres seit 1987 ein Studienzentrum für Religion und Kultur, *Candraditya*, das zunächst in Zusammenarbeit mit dem Priesterseminar von Ledalero begonnen wurde, sich aber inzwischen als eigenständiges Zentrum etabliert hat. Die Arbeiten des Zentrums zum Verständnis der örtlichen Kulturen Indonesiens, zu einem tieferen Verstehen des multikulturellen und multi-religiösen Kontextes im modernen Indonesien und zum Aufdecken der Strukturen der Unterdrückung und der Armut innerhalb dieser Kontexte wird seitens der indonesischen Bischofskonferenz immer mehr geschätzt. Untersuchungen über die Volksfrömmigkeit und eine gründliche Studie über Ehe und Familienleben auf Flores waren für die pastorale Planung sehr hilfreich und führten zu Änderungen in der aktuellen Pastoralarbeit. Das Zentrum wurde im April 1996 von den Bischöfen offiziell als Koordinationsgremium für pastorale Forschung und Entwicklung anerkannt. Ein ähnliches Studienzentrum besteht schon seit längerer Zeit an der Atma Jaya Universität in Jakarta, das sich ebenfalls als beratendes Gremium für die pastorale Planung der indonesischen Kirche bewährt hat.

Georg Evers

Kurzinformationen

Fünfter Pastoralbesuch des Papstes in Frankreich

Vom 19. bis 22. September hielt sich Papst Johannes Paul II. zum fünftenmal nach 1980, 1983, 1986 und 1988 in Frankreich zu einem Pastoralbesuch auf. Die Stationen der Reise waren diesmal Tours, Saint-Laurent-sur-Sèvre (Vendée), der bretonische Wallfahrtsort Sainte-Anne-d'Auray und Reims. Der Aufenthalt in Tours stellte den Beginn der Feier des 1600. Todesjahres des heiligen Martin dar, des berühmten Bischofs dieser Stadt im vierten Jahrhundert. Im Geist des Heiligen appellierte der Papst an das französische Volk, solidarisch mit den Armen, Ausgegrenzten, Kranken und Notleidenden zu sein. Der Abstecher in die Vendée galt dem Gedenken des 1947 heiliggesprochenen Ordensgründers Louis-Marie Grignon de Montfort (1673–1717), offenbar ein persönliches Anliegen des Papstes. Höhe-

punkt und Ausgangspunkt einer ungewöhnlichen heftigen Debatte im Vorfeld der Reise (vgl. HK, April 1996, 168f.; ds. Heft, 509ff.) war ein Gottesdienst aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 1500. Jahrestag der Taufe von König Chlodwig Ende des fünften Jahrhunderts. 200 000 Menschen nahmen an der liturgischen Feier auf einem Flughafensareal in der Nähe von Reims teil. Der Papst war in seinen Ansprachen sichtlich bemüht, auf die entstandene Situation eher vermittelnd und besänftigend einzuwirken. Die Taufe Chlodwigs wollte er als religiösen Vorgang bewertet wissen: Sie habe die „gleiche Bedeutung wie jede andere Taufe“. Laizistische Kreise hatten sich gegen eine bis heute von rechtskonservativer und traditionalistischer Seite vertretene Deutung als Taufe der französischen Nation zur Wehr gesetzt. Der Papst vermied auch die Formulierung, die seinen ersten Frankreich-Besuch 1980 geprägt hatte, die Bezeichnung Frankreichs als

die „älteste Tochter der Kirche“. In seiner Begrüßungsansprache betonte Staatspräsident Jacques Chirac die innere Vielfalt des Landes bei aller Treue zur eigenen Geschichte. Er sprach von dem „republikanischen und laizistischen Frankreich, vom Frankreich der Erklärung der Menschenrechte, das den Glauben und die Überzeugung jedes einzelnen, alle Religionen und deren freie Praxis respektiert ...“ Während seines von Kritikern gescholtenen Vatikan-Besuches im Januar hatte Chirac den Papst zur Mitfeier an dem Taufjubiläum eingeladen, dabei die Taufe Chlodwigs als einen der Gründungsakte Frankreichs bezeichnet und die über Jahrhunderte hinweg entstandene enge Verbindung zwischen Frankreich und dem Apostolischen Stuhl hervorgehoben. An der Papstmesse in Reims nahm Chirac nicht teil. An verschiedenen Orten des Landes kam es während des Papstbesuches zu Demonstrationen mit jeweils einigen 1000 Teilnehmern.